

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	15
§ 1 Betriebsratsbeschluss zwischen Mitbestimmung und Mitverantwortung	17
§ 2 Wirksamkeitsrisiken bei betrieblicher Mitbestimmung	23
A. Betriebsratsbeschluss als Wirksamkeitsvoraussetzung	23
I. Binnenverfassung der Arbeitnehmervertretung	23
1. Willensbildung im Innenverhältnis	23
2. Willensvollzug im Außenverhältnis	24
a. Autorisierung nur im Beschlusswege	25
b. Wenig Spielraum für Flexibilisierung	27
II. Potentielle Auswirkungen von Beschlussmängeln	29
1. Rechtsrisiken für die Arbeitnehmer(vertretung)	29
2. Vor allem aber: Rechtsrisiken für den Arbeitgeber	31
B. Fehleranfälligkeit der Beschlussfassung und Fehlerfolgen	33
I. Fallstricke im Sitzungsvorfeld	34
II. Fallstricke im Sitzungsverlauf	38
III. Fehlerfolgen nach dem Beschlussmängelregime	42
1. Ausgangspunkt: Keine gesetzliche Fehlerfolgenregelung	43
2. Fehlerfolgenlehre des Bundesarbeitsgerichts	44
a. Wesentlichkeitsformel als Entscheidungskriterium	44
b. Schwacher Schutzansatz der Wesentlichkeitsformel	46
c. Anfälligkeit (vor allem) wesentlicher Verfahrensregeln	48
C. Verfahrensschutz bei Beschlussmängeln	49
I. Folgenüberwindung mittels Genehmigung	49
1. Anforderungen an den Erklärungstatbestand	50
a. Regelfall: Ausdrückliche Genehmigung	50
b. Ausnahme: Konkludente Genehmigung	51
2. Rückwirkung als Rechtsfolgenregel	52

Inhaltsverzeichnis

3. Ausschluss der (Rückwirkung der) Genehmigung	52
a. Ausschluss bei Fristbindung?	53
[1] Keine schon apriorische Sperrwirkung	54
[2] Entscheidend: Ratio (legis) der Fristbindung	55
[a] Sperrwirkung bei gesetzlicher Fristbindung	55
[b] Sperrwirkung bei gewillkürter Fristbindung	57
b. Ausschluss bei Einwilligungsvorbehalt?	59
c. Ausschluss im Arbeitnehmerinteresse?	59
4. Insbesondere: Keine Rechtspflicht zur Genehmigung	60
a. Genehmigungsfreiheit als Stellvertretungsprinzip	61
b. Genehmigungsfreiheit in der Betriebsverfassung	61
5. Aufforderung zur Genehmigung als Scheinlösung	63
a. Praktische Schwachstellen	64
b. Rechtliche Schwachstellen	65
II. Flucht in die Einigungsstelle?	67
a. Prinzipiell ermessensfehlerfreie Rückwirkung	67
b. Aber: Weites Entscheidungsermessen	68
III. Exkurs: Rangverhältnis zum Vertrauensschutz	69
D. Eigenhaftung des Betriebsratsvorsitzenden?	71
E. Beschlussmängel als fremdbestimmtes Arbeitgeberrisiko	72
§ 3 Kompatibilität einer Vertrauensschutzlösung	75
A. Vertrauensschutz in der Betriebsverfassung	75
I. Vertrauensschutz und „Wirtschaftsdemokratie“	75
II. Vertrauensschutz und Beschlussformalismus	76
B. Abgleich mit Alternativen	78
I. Schutz über das Beschlussmängelregime?	78
II. Schutz über eine Auskunftslösung?	79
1. Ausgangspunkt: Fremdverantwortung ohne effektive Organisationsherrschaft	79
a. Unabhängige Mitbestimmung als Strukturprinzip	79
b. Unabhängige Geschäftsführung des Betriebsrats	80
[1] Vor allem: Keine Fremdsteuerung der Geschäftsvorgänge	80
[2] Aber auch: Kaum eine Handhabe zur Rechtskontrolle	82

2. Auskunftsanspruch kraft Rechtsfortbildung?	82
a. Kooperationsmaxime als Anknüpfungspunkt	83
b. Friktionen mit dem Geheimnisschutz	85
c. Schwacher Erkenntniswert des Protokolls	87
C. Vorzugswürdigkeit einer Vertrauensschutzlösung	88
§ 4 Fragmentierter Schutzansatz der Arbeitsgerichte	91
A. Schutz in drei Stufen	91
I. Abstufung nach Beteiligungsverfahren	91
1. Erste Stufe: Sphärentheorie	91
2. Zweite Stufe: Gutglaubensschutz	92
3. Dritte Stufe: Rechtsscheinschutz	93
II. Schutzniveau contra Schadensrisiko?	94
B. Revision der Sphärentheorie	97
I. Wertende Risikoverteilung nach Verantwortungsbereichen	97
1. Ausgangspunkt: Anhörung als Wirksamkeitsvoraussetzung	97
2. Generelle Risikozuweisung durch Sphärentrennung	100
a. Sphärenverantwortung des Arbeitgebers	100
b. Sphärenverantwortung des Betriebsrats	101
3. Partielle Durchbrechungen der Sphärenverantwortung	102
a. Fehlerverantwortung kraft besseren Wissens	102
b. Fehlerverantwortung kraft unsachgemäßen Verhaltens	104
II. Wertungsfundament der Sphärentheorie	106
1. Zweistufigkeit des Anhörungsverfahrens	106
2. Eigenverantwortung des Betriebsrats	106
3. Erst-Recht-Schluss aus § 102 Abs. 2 Satz 2 BetrVG	107
4. Sphärenbetrachtung als Schlussfolgerung	108
III. Konstruktionsfehler der Sphärentheorie	109
1. Dreistufigkeit des Anhörungsverfahrens	109
2. Eigenverantwortung als Scheinargument	111
3. Fehlschluss aus § 102 Abs. 2 Satz 2 BetrVG	112
4. Systemwidriger Schutz bei Bösgläubigkeit	114
IV. Kassation oder (nur) Rechtsrückbildung?	116
C. Kritik des fragmentierten Ansatzes	119

Inhaltsverzeichnis

D. Rechtsschein in der Betriebsverfassung	120
I. Systemkonflikte im Betriebsverfassungsrecht?	121
1. Mitbestimmungslasten im betrieblichen Dreieck	121
a. Ausgangspunkt: Relativität des Rechtsscheins	121
b. Mitbestimmungslasten als Rechtsscheinreflexe	122
2. Übertragbarkeit der Rechtsscheinvollmachten	125
a. Duldungsvollmacht und Betriebsverfassung	126
b. Anscheinsvollmacht und Betriebsverfassung	127
II. Schutz(hemmnisse) in der Mitbestimmungspraxis	128
1. Anforderungen an den Bevollmächtigungsrechtsschein	129
a. Vertretererklärung des Betriebsratsvorsitzenden?	129
b. Vor allem: (Abschrift der) Sitzungsniederschrift	131
c. Rechtsschein ohne Sitzungsniederschrift?	132
2. Anforderungen an die Rechtsscheinverantwortlichkeit	134
a. Vorüberlegungen: Materielles Wertungskriterium und formale Anknüpfung	134
[1] Mehrheit der Mitglieder als Anknüpfungspunkt	134
[2] Verschulden als Verantwortlichkeitskriterium	135
b. Verschuldensmomente in der Mitbestimmungspraxis	136
[1] Gremienverschulden und fehlerhafter Beschluss	137
[2] Gremienverschulden und fehlender Beschluss	138
3. Anforderungen an das Arbeitgebervertrauen	139
III. Vertrauensentsprechung als Rechtsscheinfolgenregel	139
IV. Rechtsscheinfolgen im betrieblichen Rechtsetzungswesen	140
1. Erfurt locuta, causa finita?	140
2. Keine präjudizielle Wertung aus dem Wahlanfechtungsregime	141
3. Rechtsetzung zwischen Gesetz und Vertrag	143
4. Regelungslegitimation ohne (wirksamen) Beschluss?	145
a. Rückbindung an einen Gremienwillen?	146
b. Regeltreue im Rechtsetzungsverfahren	147
c. Keine betriebliche Rechtsetzung aus Rechtsschein	150
5. Exkurs: Gespaltener Rechtsschein beim Kollektivvertragsschluss?	151
V. Rechtsscheinfolgen bei sonstigen Kollektivvereinbarungen	154
1. Folgenbestimmung bei der Regelungsabrede	154
a. Strukturunterschiede zur Betriebsvereinbarung	155
b. Rechtsscheinreflexe auf Arbeitnehmerseite	156

2. Folgenbestimmung beim Sozialplan	159
a. Strukturverwandtschaft zur Betriebsvereinbarung	159
b. Gleichlauf in Rechtsscheinfragen	160
3. Folgenbestimmung beim Interessenausgleich	161
a. Grundsätzlich fehlendes Schutzbedürfnis	161
b. Aber: Namensliste als Sonderproblem	162
[1] Rechtswirkung der Kollektivvereinbarung	163
[2] Rechtsscheinreflexe auf Arbeitnehmerseite	165
E. Status quo: (Wertungs-)Widersprüche und Schutzlücken	166
 § 5 Schutz über einen betriebsverfassungsrechtlichen Sonderweg	169
A. Ableitung einer erweiterten Schutzmaxime	169
I. Mitbestimmungsfunktionale Fortbildungsschranken?	170
1. Schutz der kollektiven Entscheidungszuständigkeit	170
2. Sicherung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte	172
II. Außergesetzlich entwickelter Vertrauensschutz	172
1. Abkehr vom Paradigma des Rechtsscheins	173
2. Spezifisch betriebsverfassungsrechtliche Ableitung	174
a. Sphärenbetrachtung ohne Sphärentheorie	174
b. Vertrauensschutz als Verhältnismäßigkeit?	176
c. Vertrauensschutz als Vertrauenshaftung <i>sui generis</i>	178
[1] Strukturelle Anbindung an die Vertrauenslehre	178
[2] Vertretererklärung als Vertrauenstatbestand	179
[3] Verantwortlichkeit der Arbeitnehmervertretung	181
B. Ausformung des Redlichkeitsmaßstabs	182
I. Wissen und fahrlässige Unkenntnis	182
II. Fahrlässige Unkenntnis und Nachforschungsobliegenheit	183
1. Nachforschungsobliegenheiten im Kooperationsverhältnis?	183
a. Weder Obliegenheit noch Recht zu anlassloser Nachforschung	183
b. Aber: Anlassbezogene Erkundigung bei Verdachtsmomenten	185
2. Verdachtsmomente in der Mitbestimmungspraxis	187
a. Verdachtsmomente aus der internen Sphäre	187
b. Verdachtsmomente aus der externen Sphäre	189

Inhaltsverzeichnis

C. Schutz in den einzelnen Anwendungsfeldern	191
I. Schutz bei einseitigen Erklärungen des Betriebsrats	191
II. Schutz im betrieblichen Rechtsetzungswesen	195
1. Keine betriebliche Rechtsetzung aus Vertrauenschaftung	195
2. Einzelfalllösung über das Rückabwicklungsregime?	196
3. Exkurs: Allgemeine Schranke für das Rückabwicklungsregime?	198
III. Schutz bei sonstigen Kollektivvereinbarungen	199
§ 6 Ergebnisse	201
Literaturverzeichnis	209